

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger



Verkauf jeder Zeitung ohne. ...

Abgabepreis: Die ...

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft ...

Nr 144

Freitag den 23. Juni 1922 nachmittags

81. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage

Der Deutsche Beamtenwirtschafts-Bund hat im vorigen Jahre eine Million Mark gesammelt, die zur Hälfte für die Kinderfürsorge, zur Hälfte für Erholungsheim und Heilstätten bestimmt war.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über Rindfleischbeschränkung zugunsten Schwerebeschädigter vorgelegt.

In Wien haben die Franzosen eine Kaserne unmittelbar an den Rhein gegenüber dem Niederwald-Denkmal, errichtet.

Der deutsche Botschafter in Madrid hat der spanischen Regierung den Dank des deutschen Volkes für die Hilfe ausgesprochen.

Die Reparationskommission hat wieder einmal über die Bedingungen für eine Anleihe an Österreich beraten.

Im englischen Oberhaus wurde mit 60 gegen 29 Stimmen ein Antrag angenommen, das das Palastmandat in seiner augenblicklichen Gestalt unannehmbar sei.

Die Neuregelung der Einkommensteuer

Von G. G. (Tessin)

Zu der Einkommensteuer ergeben dauernd Novellen, welche die einzelnen Erhebungsstufen abändern und die Art der Erhebung umformen.

Da die neuen Bestimmungen etw. Anpassung an die Praxis darstellen, bringen sie naturgemäß eine Herabsetzung der Steuerleistung.

Von der Haager Konferenz

Haag, 23. 6. Der Unterausschuss für Privateigentum ist gestern vormittag unter Vorsitz Lloyd Greenore zu einer Sitzung zusammengetreten.

Haag, 23. 6. Der Unterausschuss für die Schulden ist gestern nachmittag zusammengetreten unter Leitung des Herrn Waldand.

Haag, 23. 6. Der dritte Unterausschuss für die Kredite lagte gestern nachmittag von 4 bis 6.30 Uhr unter dem Vorsitz des Barons Vooght-Valles.

Haag, 23. 6. Das Sekretariat der Konferenz wurde gestern wie folgt endgültig zusammengesetzt.

Italienern und einem Polen. Die Administration setzt sich aus sieben Holländern zusammen.

Haag, 23. 6. Der Sonderberichterstatter der T.-N. erklärt, daß die Besprechungen in den Unterausschüssen in den nächsten Tagen vertraulichen Charakter tragen sollen.

Haag, 23. 6. Die russischen Delegierten werden am Sonnabend in Scheveningen erwartet.

Haag, 23. 6. Litwinoff hat einem Vertreter der "Jewish" gegenüber erklärt, daß die Konferenz im Haag nur Erfolge haben könne, wenn es gelingt, mit den Westmächten über die Frage des Kredits und der Anerkennung der russischen Regierung in Übereinstimmung zu gelangen.

zu entrichten hatte, so ist für 1922 für das gleiche Einkommen eine Steuer von 5000 Mark zu entrichten, weil der Steuerfuß von 22,2 Prozent auf 10 Prozent sank.

Nun sind aber noch weitere Steuerabläufe vorgesehen worden, denn auch die Abzüge, welche für die Familie eines Steuerpflichtigen vorzunehmen waren, sind zugunsten der Steuerzahler verändert worden.

Nach den sonstigen Erleichterungen und Sonderbestimmungen sind verändert worden. So hat sich zum Beispiel die Kapitalertragssteuer für Kleinrentner verändert.

Für die Lohnsteuer sind ebenfalls wesentliche Veränderungen gegenüber den letzten Bestimmungen vom 11. Juli 1921 eingetreten.

für jedes minderjährige Kind, das zur Einkommensteuer noch nicht selbständig veranlagt ist, weitere 360 Mark. Hiernach würde nach den neuen Bestimmungen der Lohnsteuer ein Ehemann mit Frau und zwei Kindern zum Abzuge zu bringen haben: 480 Mark für sich und die Frau, 720 Mark für die minderjährigen Kinder, 540 Mark für Werbungskosten, das entspricht mit einer Abzugssumme in der Höhe von 1740 Mark.

Die neue Einkommensteuernovelle ist für das Einkommen vom Arbeitelohne und für die Einkommensteuer vom 1. Januar dieses Jahres an in Rechtskraft getreten.

Die Finanzlasten des Reiches

Dem Reichstag ist eine Ergänzung zum Reichshaushaltplan zugegangen, infolge der fortgeführten Geldentwertung gibt der eigentliche Haushalt sein zutreffendes Bild mehr für die Finanzverhältnisse des laufenden Rechnungsjahres.

Die Einnahmen und Ausgaben des Reiches. Wir entnehmen daraus folgende Ziffern:

Der ordentliche Haushalt schließt mit rund 115,5 Milliarden Mark in den Einnahmen und rund 93 Milliarden Mark in den Ausgaben ab, so daß ein Ueberschuss von 16,5 Milliarden Mark verbleibt.

Im außerordentlichen Haushalt dagegen stehen die Einnahmen in Höhe von rund 3,4 Milliarden Mark Ausgaben in Höhe von rund 6,9 Milliarden Mark gegenüber, so daß sich hier ein Fehlbetrag von etwa 3,4 Milliarden ergibt.

Die Betriebsverwaltungen ergeben einen Fehlbetrag von rund 20 Milliarden Mark, die durch Anleihe zu decken sind.

Die Ausführung des Versailles Vertrags erfordert einen Anleihebedarf von rund 210 Milliarden Mark, so daß der gesamte Anleihebedarf des Reiches sich auf rund 233,3 Milliarden Mark beläuft.

Die Einnahmen des ordentlichen Haushalts belaufen sich aus den direkten Steuern und den Ertragsteuern auf 68,2 Milliarden Mark, den Zöllen und Verbrauchssteuern auf 38,1 Milliarden Mark, dazu Einnahmen aus sonstigen Abgaben in Höhe von rund 5 Milliarden Mark.

um mehr als das Doppelte, um rund 24 Milliarden Mark, zugenommen.

Bei den Verkehrsverwaltungen ergibt sich bei der Reichsbank ein Ueberschuss von 6,5 Milliarden Mark.

Bei der Postverwaltung halten sich Ausgaben und Einnahmen ebenfalls mit 20,8 Milliarden das Gleichgewicht, während im außerordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 2,6 Milliarden Mark vorhanden ist. Für die beiden Verkehrsanstalten zusammen ist bisher ein Fehlbetrag von rund 20 Milliarden Mark vorhanden, der ebenfalls durch eine Anleihe zu decken ist.

Die Zwangsanleihe im Steuerausgleich angenommen

Begrenzung der Anleihe auf 60 Milliarden Bis 31. Oktober 1925 unverzinslich

Im Reichstagsauschuss für Steuerfragen wurde der deutchnationale Gegenentwurf eines Gesetzes über die Zwangsanleihe abgelehnt.

Der Antrag wurde angenommen, da gegen den die Zwangsanleihe den Gegenwert von 1 Milliarde Goldmark festzusetzen sei oder in einem entsprechenden Betrage Papiermark zu begrenzen.

Der Antrag wird angenommen, da gegen den die Zwangsanleihe und die U.S.B. § 1 des Gesetzes wird mit dem Inhalt, der die Zwangsanleihe auf 60 Milliarden Papiermark festsetzt, vom Ausschuss angenommen.

§ 2 und 3 wurden nach dem Wortlaut der Regierungsvorlage ebenfalls angenommen.

Zu § 4 wurde ein Antrag des Abg. Dr. Becker angenommen, wonach der Paragraf 1925, daß die Zwangsanleihe bis 31. Oktober 1925 unverzinslich und vom 1. November 1925 an bis 31. Oktober 1930 in Höhe von 4 v. H. und vom 1. November 1930 an in Höhe von 5 v. H. jährlich verzinst wird.

Doch noch eine Anleihe?

Aus London und aus Paris wird übereinstimmend gemeldet, daß sowohl die englische wie die französische Regierung demütig seien, die Pariser Konferenz in Aürge erneut einzuladen.

Ein unerhörter Terrorakt

Ein eigenartiges Schicksal auf die Zukunft in den sächsischen Staatsbetrieben wird folgender Vorgang, der sich am Dienstag im königlichen Braunkohlenwerk Hirschfeld zugetragen hat.

Der Vorfall wurde der sächsischen Regierung sofort mitgeteilt, die bisher dazu geschwiegen hat. Die Erklärung des Finanzministers Heßler, der für die Staatsbetriebe verantwortlich ist, dürfte recht interessant werden.